

PRESSEAUSSENDUNG

Protestversammlung im Landesgericht für Strafsachen Wien am 14.10.2026

Unter dem Motto „**100 % erreicht. Was jetzt?**“ machen Gerichte und Staatsanwaltschaften vom 12. bis 16. Oktober auf die Überlastung der Justiz aufmerksam. Bundesweit fehlen mindestens 250 Richter:innen und 70 Staatsanwält:innen. Die erforderlichen Planstellen bleiben aus, doch die Belastung der Wiener Gerichte und Staatsanwaltschaften steigt weiter.

Am 14.10.2026 fand im Rahmen der bundesweiten Aktionswoche für den Rechtsstaat eine Protestversammlung im Großen Schwurgerichtssaal des Landesgerichts für Strafsachen Wien statt. 485 Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte sowie Richteramtsanwärtinnen und Richteramtsanwärter sind der Einladung ihrer Standesvertretungen gefolgt, um ein starkes Zeichen des Protests zu setzen.

Jürgen Exner von der Wiener Richtervereinigung verwies darauf, dass in Wien heute 200.000 Menschen mehr als noch vor zehn Jahren lebten. Während also die Bevölkerung um 11 % gewachsen ist, sind an den Wiener Gerichten heute nur 12 Richter:innen (das sind 2 %) mehr im Einsatz als 2016. Exner hob auch die besondere Situation Wiens hervor:

„Die meisten großen Strafverfahren sind in Wien. Wenn es ein aufwändiges handelsgerichtliches Verfahren gibt, wenn es einen großen Unternehmenskonkurs gibt, wenn es ein hochstrittiges Arbeitsrechtsverfahren gibt, wenn es um eine bedeutende Amtshaftungssache geht, dann sind oft Wiener Gerichte zuständig.“

Als Vertreter der Vereinigung Österreichischer Staatsanwältinnen und Staatsanwälte verwies Andreas Isep darauf, dass die Zahl der Ermittlungsverfahren in den letzten fünf Jahren um 30% gestiegen ist, während das staatsanwaltschaftliche Personal nur um 5 % gewachsen ist. Isep verglich die Situation der Staatsanwaltschaft Wien vor fünf Jahren mit der aktuellen Belastung:

„Die Verfahren und unsere Arbeitsbelastung haben sich seit damals massiv verändert. Unsere Verfahren wurden mehr, sie wurden komplexer und wir sind mit viel mehr Aufgaben betraut, die nicht die unmittelbare Kernaufgabe, nämlich das inhaltliche Ermitteln, betreffen. Stellt endlich die notwendigen Ressourcen zur Verfügung, verhindert den Tod der Justiz. Dieses Mal wird es kein stiller Tod sein, dafür werden wir sorgen.“

Zu Wort kamen auch Richterinnen und Richter der Wiener Gerichte sowie eine Staatsanwältin der Staatsanwaltschaft Wien und ein Staatsanwalt der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft, die ihre konkrete Arbeitssituation darstellten.

Christiane Kaiser vom Handelsgericht Wien führte aus:

„Unternehmen investieren nur dort, wo Verträge bei Gericht effizient und rasch durchsetzbar sind.“

Barbara Ferraris, eine erfahrene Familienrichterin am Bezirksgericht Favoriten, schilderte eindrücklich, wie sie die Verfahren zum Wohle der Betroffenen eigentlich idealerweise führen würde, hätte sie die dafür erforderliche Zeit und resümierte:

„Die Leidtragenden in langen Scheidungsverfahren sind immer die Kinder.“

Ihre Kollegin, *Daniela Digruher*, die in einem Rechtsmittelsenat des Landesgerichts für Zivilrechtssachen Wien tätig ist, sagte:

„Für jede Partei ist relevant, ob sie auf das Urteil 2 Monate oder 6 Monate oder länger wartet.“

Die Staatsanwältin *Susanne Schneider* brachte es auf den Punkt:

„Bei der Staatsanwaltschaft geht nichts mehr ohne Triage.“

Der Oberstaatsanwalt bei der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft *Michael Schön* erläuterte die besondere Situation bei der WKStA und erklärte:

„Geplante Budgeteinnahmen aus Betrugsbekämpfung sind nur mit funktionierender Betrugsbekämpfung möglich.“

Aus dem vom steigenden Arbeitsanfall des heurigen Jahres besonders betroffenen Arbeits- und Sozialgericht berichtete *Eva Hopf* unter anderem mit den Worten:

„Der Kläger weiß dann 2028, ob seine Kündigung aus 2026 aufgehoben wird.“

Cornelius Riedl, am von ihm als „Brennpunktgericht“ bezeichneten Bezirksgericht Favoriten als Richter für wohnrechtliche Angelegenheiten zuständig, befürchtete:

„Ein stiller Tod der Justiz führt zu einem lauten Untergang des Rechtsstaats.“

Nicole Baczak, Richterin am Landesgericht für Strafsachen Wien und Vorsitzende des dortigen Betriebsausschusses der GÖD brachte es auf den Punkt:

„Aktenberge stoppen das Recht!“

Höchste Repräsentanten der Justiz, darunter der Präsident des Obersten Gerichtshofs, *Georg Kodek*, die Leiterin der Generalprokuratur, *Margit Wachberger*, die Vizepräsidenten des Oberlandesgerichts Wien, *Kurt Seeliger* und *Jutta Presslauer*, sowie der Präsident der Richter:innenvereinigung, *Gernot Kanduth*, die Vizepräsidentin der Staatsanwältevereinigung, *Anna-Maria Wukovits* und der Vorsitzende der Bundesvertretung Richter und Staatsanwälte in der GÖD, *Martin Ulrich*, zeigten sich durch ihre Teilnahme solidarisch mit den Wiener Richter:innen und Staatsanwält:innen.

Weitere Informationen:

<https://richtervereinigung.at/aktionswoche/>

<https://staatsanwaelte.at/aktionswoche-100-erreicht-was-jetzt/>

<https://richter-staatsanwaelte.goed.at/news/informationen-zur-aktionswoche>

Rückfragehinweis:

Dr. Jürgen Exner (RiV)

juergen.exner@justiz.gv.at

Mag.a Nicole Baczak (GÖD BV 23)

nicole.baczak@justiz.gv.at

Mag. Andreas Isep (StAV)

andreas.isep@justiz.gv.at